

MONGOLEI: DER KLIMAWANDEL IST KEIN ÖFFENTLICHES THEMA

Thomas Schrapel

1. EINFÜHRUNG

Eine nennenswerte öffentliche Diskussion zum Thema Klimawandel gibt es in der Mongolei gegenwärtig nicht. Es sind keine offiziellen Stellungnahmen aus der mongolischen Politik zu den IPCC- bzw. zum Stern-Bericht bekannt. Weder die Regierungs- noch die Oppositionsparteien befassen sich mit dem Thema. Eine für die Politik zu beachtende Umweltbewegung als potentieller Träger einer solchen Diskussion gibt es nicht, von vereinzelt Aktivitäten abgesehen. Umweltbewegungen existieren zwar in rudimentärer Form. Deren Aktivitäten richten sich aber gegen die unmittelbaren umweltschädlichen Auswirkungen des Bergbaus, vor allem das Austrocknen von Flüssen und Seen als Folge der Abbaumethoden der Unternehmen. Der Frage, ob es einen direkten Zusammenhang zwischen weltweitem Klimawandel und dem veränderten Wasserhaushalt in der Mongolei gibt, wird seitens der Politik und Umweltbewegungen nicht nachgegangen.

2. DIE MONGOLEI IST VOM GLOBALEN KLIMAWANDEL STARK BETROFFEN

Die weitestgehende „Teilnahmslosigkeit“ von Politik und Medien steht im starken Kontrast zu den Ergebnissen von wissenschaftlichen Untersuchungen. Seit den 90er Jahren werden sowohl in mongolischen Forschungseinrichtungen als auch durch Initiative von internationalen Organisationen Studien über die Auswirkungen des weltweiten Klimawandels auf das Ökosystem der Mongolei angefertigt. Eine der wichtigsten Studien wurde 2003 vorgestellt. Es handelt sich um die von UNDP geförderte Untersuchung in mongolischer Sprache mit dem Titel „Auswirkungen der Veränderungen des Weltklimas auf die Nomadenwirtschaft“. Nach dieser Studie werden die Naturkatastrophen seit 1999 mit extremen Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die gesamte Ökonomie auf die Veränderungen des Weltklimas zurückgeführt. Die Untersuchung nimmt teilweise Bezug auf den ersten IPCC-Bericht von 2001. Demnach sind folgende Indikatoren eines veränderten Klimas im Land zu registrieren, die als Folge des weltweiten Klimawandels gelten:

- Erhöhung der durchschnittlichen Jahrestemperatur;
- Rückgang der Niederschläge und damit der Bodenfeuchtigkeit;

- lang anhaltende Dürre in den Monaten Juni bis September;
- von der Trockenheit sind nicht mehr nur die Wüstengebiete, sondern bis zu 80 Prozent der gesamten Fläche des Landes betroffen.

Hinzu kommt, dass seit einigen Jahren von Wissenschaftlern auf das rasant voran schreitende Abschmelzen der Gletscher insbesondere im Altai-Gebirge hingewiesen wird und ein Zusammenhang zum weltweiten Klimawandel als erwiesen gilt. Zuletzt wurde dies im Kontext mit einer archäologischen Sensation im Sommer 2006 diskutiert, als ein Team unter Leitung des Präsidenten des Deutschen Archäologischen Instituts, Prof. Dr. H. Parzinger, die fast vollständig erhaltene Mumie eines skythischen Kriegers im mongolischen Teil des Altai-Gebirges fand. In diesem „Sog“ versuchten Geologen darauf aufmerksam zu machen, dass das Abschmelzen der Gletscher im Altai-Gebirge noch viel rasanter voranschreite als beispielsweise in den Alpen, wo ein direkter Zusammenhang mit dem globalen Klimawandel als erwiesen gilt. Es gab kaum nennenswerte Reaktionen auf diese Hinweise.

3. AUCH „HAUSGEMACHTE“ PROBLEME FÜHREN ZU ERHEBLICHEN VERÄNDERUNGEN DES BIOLOGISCHEN GLEICHGEWICHTS

Hingegen wurde und wird über zwei hintereinander folgende, extreme Winter – so genannte „Zuds“ – in den Jahren 1999 und 2000 diskutiert. Im Gegensatz dazu waren die Sommer überdurchschnittlich heiß und trocken. Im Frühjahr tobten ungewöhnlich lang anhaltende und starke Sandstürme. Dadurch reduzierte sich der Viehbestand von 33,6 Millionen Stück Vieh (1999) auf ca. 23,5 Millionen Stück Vieh (2002). Die landwirtschaftliche Produktion ist in dieser Zeit um ca. 25 Prozent zurückgegangen. Die Verluste bei der Fleisch- und Milchproduktion betragen 30 Prozent bzw. 42 Prozent. Im Jahre 2002 verzeichnete das Land pro Kopf der Bevölkerung den niedrigsten Viehbestand seit Einführung der offiziellen Statistik 1940. Extreme Auswirkungen hatten diese Klimaveränderungen auch auf die Weideflächen, wobei zu beachten ist, dass Fachleute in diesem Zusammenhang auch auf die „hausgemachten“ Probleme der Überweidung insbesondere durch die Spezialisierung auf Mono-Ziegenherden hinweisen. Nach der Privatisierung der Vieherden in der zweiten Hälfte der 90er Jahre wurde es für viele Viehzüchter ausgesprochen attraktiv, große Mono-Ziegenherden zu züchten, weil durch den Verkauf der aus

dem Bauchhaar gewonnenen Kaschmirwolle schnelle und vergleichsweise hohe Gewinne erzielt werden können. Jedoch ist die rasch voranschreitende Desertifikation der Weideflächen in der Mongolei ein unmittelbares Ergebnis dieser veränderten Viehzuchtmethoden.

Extreme Auswirkungen hatte diese Entwicklung auf die Sozialstruktur der Bevölkerung. Mehr als 12.000 Familien verloren in dieser Zeit ihren gesamten Viehbestand. Bei weiteren 20.000 Viehzüchterfamilien reduzierte sich der Bestand so extrem, dass dieser nicht einmal mehr zur reinen Subsistenzwirtschaft fähig war. Zwischen 1999 und 2003 siedelten überwiegend aus diesen Gründen fast 30.000 Familien vom Land in die Stadt, vornehmlich in die Hauptstadt Ulan Bator über. Jedoch ist der Zuzug in die Hauptstadt schon seit Mitte der 90er Jahre zu beobachten, ist also nicht nur eine Folge der „Zuds“. Innerhalb von rund zehn Jahren hat sich die Einwohnerzahl der Hauptstadt Ulan Bator verdoppelt! Die Verwaltungen und die Infrastrukturen der Stadtbezirke waren auf eine solch drastische Zunahme der Bevölkerung in keiner Weise vorbereitet. Auch bietet der Arbeitsmarkt viel zu geringe Möglichkeiten, die Zugezogenen in Lohn und Brot zu bringen. Die Statistik verzeichnet eine extreme Zunahme der Anzahl von Menschen, die deutlich unter der offiziellen Armutsgrenze leben.

Eine weitere nennenswerte Auswirkung dieser zumindest teilweise auf den weltweiten Klimawandel zurückgeführten Folgen ist die Veränderung des Wasserhaushaltes in diesem Steppenland. Eine große Anzahl von kleineren und mittleren Flüssen ist vom Austrocknen bedroht, mehr als tausend Handbrunnen sind versiegt, was für dieses dünn besiedelte Land ausgesprochen viel ist. Allerdings muss auch hier ergänzt werden, dass derartige Veränderungen offenkundig nicht in erster Linie auf den globalen Klimawandel zurückzuführen sind, sondern auch bereits erwähnte, „hausgemachte“ Probleme bei einer Analyse hinzugezogen werden müssen. Nach der Privatisierung der Herden in der zweiten Hälfte der 90er Jahre gab es keine durchgreifenden Regelungen über die vormals gemeinschaftlich betreuten Brunnen und Wasserstellen, die funktionsunfähig wurden, weil sich keiner für den Erhalt und die Pflege verantwortlich fühlte. Gleichwohl sind sich Wissenschaftler darin einig, dass sowohl der globale Klimawandel als auch subjektive Bedingungen im Land zu den Veränderungen geführt haben.

Wie bereits angedeutet, ist eine bemerkenswerte Inaktivität seitens der Politik und der Medien gegenüber den angemahnten Problemen festzustellen. Zwar wird in der Politik teilweise über die Auswirkungen der oben beschriebenen Naturkatastrophen gelegentlich diskutiert. Aber eine generelle Debatte über den Zu-

sammenhang zwischen diesen Naturkatastrophen und der Änderung des Weltklimas ist nicht zu erkennen. Auch in den Medien ist das Thema allenfalls als Marginalie besetzt. Unter diesen Umständen ist es äußerst schwierig, Berichte wie den oben erwähnten zu den „Auswirkungen der Veränderungen des Weltklimas auf die Nomadenwirtschaft“ zu verifizieren. Im öffentlichen Bewusstsein scheint dieser keine Rolle zu spielen. Es gibt auch keine außerparlamentarische Lobby, die sich die Kommunikation der Ergebnisse und Warnsignale des Berichts auf die Fahnen geschrieben hätte. Eine öffentliche Diskussion findet de facto nicht statt.

4. DIE JAHRE 1999-2000 ALS ZÄSUR – WELTWEITER KLIMAWANDEL ODER DISPROPORTIONALE ENTWICKLUNGEN IM POLITISCHEN UND WIRTSCHAFTLICHEN TRANSFORMATIONSPROZESS?

Zwar muss auf der einen Seite beachtet werden, dass der so genannte „Zud“ in den Jahren 1999 und 2000 im gegenwärtigen Bewusstsein der Mongolen eine Zäsur darstellt. Die Viehzüchter denken in den Kategorien „vor“ und „nach“ dem „Zud“ in diesen Jahren. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, dass es solche Winter in der Mongolei im Abstand von ca. 7-10 Jahren schon immer gegeben hat. Das Wort „Zud“ ist ein sehr altes mongolisches Wort, seit Jahrhunderten ist diese Naturerscheinung bekannt.

Auch im 20. Jahrhundert hatte die periodische Wiederkehr dieses extrem strengen Winters, in dem die Temperaturen wochenlang zum Teil deutlich unter minus 50 Grad fallen, zu erheblichen Verlusten des Tierbestandes geführt. Jedoch befanden sich die Viehherden in Gemeinschafts- bzw. Genossenschaftseigentum. Die besonders stark betroffenen Familien erhielten entsprechenden Ausgleich, so dass unmittelbare soziale Folgen zumindest „abgefedert“ werden konnten. Nach der Privatisierung der Viehherden hatte sich diese Situation fundamental geändert. Unter diesem Aspekt kann jedenfalls ein direkter Zusammenhang zwischen globalem Klimawandel und disproportionalen Entwicklungen in der Viehwirtschaft mit deutlichen Auswirkungen auf die soziale Situation von Betroffenen nicht hergestellt werden.

Allerdings fällt es vor diesem Hintergrund auch ausgesprochen schwer, eine komplexe Diskussion über mögliche Auswirkungen des weltweiten Klimawandels auf direkte, relativ kurzfristige Veränderungen des biologischen Gleichgewichts in der Mongolei zu führen. In ähnlicher Weise verhält es sich mit den Diskussionen über den in den letzten Jahren sich rasant veränderten Wasserhaushalt des Landes, der am Aus-

trocknen ganzer Flüsse und Seen deutlich sichtbar ist. Vereinzelte Umweltschutzbewegungen verweisen fast ausschließlich auf die umweltfeindlichen Abbaumethoden der großen Bergbauunternehmen. Wie schon erwähnt, wird ein Zusammenhang mit dem globalen Klimawandel nicht hergestellt. Hinzu kommt, dass in der jetzigen Situation die Politik großes Interesse daran hat, den Bergbausektor weiter auszubauen, weil Abbau und Verkauf der reichlich vorhandenen Rohstoffe als Schlüssel zur Armutsbekämpfung angesehen werden.

5. POLITIKER, UMWELTBEWEGUNGEN UND WISSENSCHAFTLER OHNE KOORDINATION

Das Thema globaler Klimawandel spielt in der gegenwärtigen politischen Diskussion in der Mongolei keine nennenswerte Rolle. Keine der in der öffentlichen Wahrnehmung relevanten politischen Parteien hat dieses Thema auf der Agenda. Auch in den Medien spielt das Thema keine Rolle. Zwar gibt es vereinzelt Berichte

über Umweltschäden, die in den letzten Jahren sichtbar geworden sind. Jedoch werden hier die Ursachen eher in den „hausgemachten“ Problemen seit Beginn der politischen und wirtschaftlichen Transformation gesucht, allerdings auch ohne nennenswerte Konsequenzen für entsprechendes politisches Handeln. Es ist in der gegenwärtigen Situation kaum möglich, vereinzelt Berichte zu Umwelt- und Klimaveränderungen in der Mongolei dahin gehend zu verifizieren, ob globale oder nationale Entwicklungen als Ursache benannt werden müssen, geschweige denn, dass solche Berichte Voraussetzung für eine breite gesellschaftliche Diskussion sein könnten.

Auch wenn entsprechende Einzeluntersuchungen von Wissenschaftlern vorliegen, findet eine Kommunikation mit den Politikern und Umweltbewegungen nur unzureichend statt. Damit ist offenkundig keine ausreichende Diskussionsgrundlage vorhanden, um dieses komplexe Thema in der öffentlichen Wahrnehmung entsprechend zu „plazieren“.

AFGHANISTAN: IN KABUL ENTSPRICHT DER TÄGLICH EINGEATMETE SMOG 55 ZIGARETTEN

Babak Khalatbari | Asgar Abbaszadeh

Die Umweltdiskussion in Afghanistan erscheint durch die Aus- und Nachwirkungen von rund zwei Dekaden kriegerischer Auseinandersetzungen nicht sonderlich vordergründig oder komplex geführt zu werden.

Formell wird das Thema in der afghanischen Verfassung berücksichtigt. Insgesamt kommt das Schlagwort „Umwelt“ (تسيز طبيح) zwei Mal in der Verfassung vor. In der Präambel der Verfassung findet es von 11 Punkten an zehnter Stelle wie folgt Berücksichtigung: „Wir, das Volk von Afghanistan, haben zur Sicherung von Wohlstand und gesunder Umwelt für alle Bewohner dieses Landes, die Verfassung unter Berücksichtigung der historischen, kulturellen und sozialen Realitäten des Landes sowie der Erfordernisse der Zeit durch unsere gewählten Vertreter in der Großen Ratsversammlung (Loya Dschirga) am 14. Juni 1382 Hidschra (04.01.2004) in der Stadt Kabul verabschiedet.“ Die zweite Verwendung des Begriffes „Umwelt“ wird in Artikel 15 aufgegriffen, in dem festgehalten wird, dass „der Staat verpflichtet ist, zum Schutz und zur Gesundung der Wälder und der Umwelt notwendige Maßnahmen zu ergreifen.“ Der Begriff

„Umweltschutz“ (تسيز طبيح) oder „Klimawandel“ (میلقا تاریغت) kommt in der Verfassung nicht vor.

Im Zeitraum Mai 2007 wurden die führenden Printmedien Afghanistans auf das Schlagwort „Klimawandel“ ausgewertet: Es gab keinen einzigen Beitrag zum Thema „Klimawandel“. Gegenwärtig scheint das Thema in Afghanistan keine Aufmerksamkeit zu erregen. Ein für Afghanistan mittlerweile typisches Stigma. Denn obwohl das Land am 17. Juni 2004 zahlreiche völkerrechtliche Vereinbarungen zum Klima- und Umweltschutz unterzeichnet hat, scheint sich Afghanistan mit der praktischen Umsetzung der politischen Inhalte noch nicht sehr intensiv auseinandergesetzt zu haben. Dies liegt zum einen sicherlich an dem Sachverhalt, dass es erst seit Ende 2005 ein Parlament gibt und zum anderen aber auch an den teilweise nur suboptimalen Arbeitsvorgängen in den Ministerien.

Letztendlich erschwert die sich verändernde Sicherheitslage nicht nur den Wiederaufbauprozess, sondern auch die politische Auseinandersetzung um andere